

Stellungnahme der *aktion leben österreich* zum Frauenvolksbegehren 2.0

Unsere Ausgangslage

aktion leben tritt seit Jahrzehnten für Frauenanliegen ein. Wir tun dies

- praktisch durch unsere Beratungsstelle,
- bewusstseinsbildend durch unsere Bildungsarbeit sowie
- gesellschaftspolitisch durch Einbringen von Vorschlägen in die Politik, mit Bürgerinitiativen und in Gesprächen mit Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern.

Fruchtbarkeit, Schwangerschaft und Geburt sowie Schwangerschaftskonflikt sind elementare Themen unserer Arbeit und Frauenthemen. Empowerment von Mädchen und Frauen, die Selbstwahrnehmung, das Selbstbewusstsein von Frauen zu stärken und den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu fördern, sind selbstverständliche Ziele unserer Tuns.

Die Beratungsstelle von *aktion leben* steht allen Frauen in der Schwangerschaft offen: gleich welcher Nationalität, Konfession oder weltanschaulicher Einstellung. Asylwerberinnen kommen genauso wie Österreicherinnen, Akademikerinnen genauso wie Frauen am Rand der Gesellschaft: Die Feststellung einer Schwangerschaft kann jede Frau mit persönlich schwerwiegenden, existenziellen Fragen in Berührung bringen, die verschiedenste Facetten zentraler Frauenthemen berühren. Seit Jahrzehnten setzen wir uns dafür ein, dass eine Schwangerschaft oder die Geburt eines Kindes keine existenziellen und beruflichen Nachteile mit sich bringt und dass das Leben mit Kindern als Bereicherung empfunden werden kann.

Was uns eint – was uns trennt

Rollenerwartungen und Zuweisungen, die Frauen belasten, wollen wir aufbrechen. Lücken in der Sozialpolitik, die zu Lasten von Frauen und Müttern gehen, wollen wir schließen. Probleme bei der Kinderbetreuung wollen wir für alle Beteiligten möglichst gut lösen.

Wir begrüßen, dass das Frauenvolksbegehren diese Themen aufgreift und unterstützen aus Überzeugung Vorschläge wie den Ausbau von Gewaltschutzzentren und Frauenhäusern, Verbesserungen im Bereich des Unterhaltsvorschlusses und die Forderung nach qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung.

Dennoch sehen wir das Frauenvolksbegehren in Summe kritisch. Ein Frauenvolksbegehren, das letzten Endes mehr Humanität in die Gesellschaft bringen möchte, müsste veraltete Denkmuster überwinden. Es sollte alle Frauen mitdenken und nicht einseitig Ideologien vertreten. Das Frauenvolksbegehren schafft diesen Brückenschlag nicht. Die Auswahl mancher Forderungen ist geeignet, wieder Fronten zu schaffen und Frauenrechte gegen die Rechte anderer auszuspielen.

Folgende Beispiele machen dies für uns deutlich:

- **Bildungspolitik**

In der Bildungspolitik ist den Betreiberinnen des Volksbegehrens die Vermittlung vielfältiger Buben-, Mädchen- und Geschlechterbilder am wichtigsten. Die Sensibilisierung dafür, dass sich nicht jeder Mensch eindeutig einem Geschlecht zugehörig fühlt, ist ein wichtiger Baustein für eine friedliche Gesellschaft, in der jeder Mensch seinen Platz hat und sich entfalten kann. Queer-Pädagogik wird uns aber nicht voranbringen, wenn sie nicht in ein grundsätzliches Verständnis von Menschenrechten und Menschenwürde eingebettet ist.

Wir wünschen unseren Mädchen – und auch Burschen! –, dass sie Fruchtbarkeit als positive Kraft wahrnehmen, sich selbst und anderen wertschätzend begegnen können, dass sie lernen, wie sie im Einklang mit dem Zyklus und dem eigenen Körper leben können. Es ist keineswegs selbstverständlich, dass diese Grundlagen für eine positive Persönlichkeitsentwicklung in den Schulen vermittelt werden. Auch das fehlt uns und erscheint uns umso wichtiger angesichts einer Entwicklung in unserer Gesellschaft, die sich nicht scheut, unhinterfragt Ansprüche auf reproduktive Ressourcen Dritter (Eizellen) zu stellen und Möglichkeiten der Optimierung des Kinderkriegens bereitstellt, die Frauen massiv unter Druck setzen.

- **Kinderbetreuung**

Das Frauenvolksbegehren erweckt den Eindruck, außerhäuslicher Betreuung bereits von Säuglingen (ab dem Ende der Mutterschutzfrist) sei aus frauenpolitischen Überlegungen der Vorzug zu geben. Der Vorschlag einer flächendeckenden Krippenbetreuung ab Ende des Mutterschutzes kann in diese Richtung normativ verstanden werden. Moderne Frauenpolitik darf Frauen- und Kinderinteressen nicht gegeneinander ausspielen. Jedes Kind hat seinen Platz, lautet die Überschrift über der Forderung. Kinder haben aber

zuerst ein Recht auf kontinuierliche Bindung und Beziehung. Wir stehen deshalb für Wahlfreiheit in der Kinderbetreuung, gerechte Väterbeteiligung und beste außerhäusliche Kleinkinderbetreuung, wo dies nötig ist, aber wir warnen vor Scheinlösungen auf Kosten der Kinder.

- **Schwangerschaftsabbruch**

Klar ideologisch argumentiert das Frauenvolksbegehren beim Schwangerschaftsabbruch. Ein vertieftes Verständnis für das Thema, das über Forderungen der 70er-Jahre hinausgeht, fehlt. Die Proponentinnen des Frauenvolksbegehrens haben sich von männlichen angeblichen Experten an der Nase herumführen lassen.

Denn als Patentrezept gegen Verhütungspannen werden sogenannte Gratis-Verhütungsmittel gefordert, also die Bezahlung der Verhütung durch die Allgemeinheit. Hinlänglich bekannt ist hingegen, dass die meisten „Verhütungspannen“ auf Anwendungsfehler bzw. Ambivalenzen gegenüber einer möglichen Schwangerschaft zurückzuführen sind.

Manche Mädchen und Frauen können sich Verhütung tatsächlich nicht leisten. Für diese sind öffentlich finanzierte Verhütungsmittel sicherlich sehr hilfreich. Verhütung darf nicht an den Kosten scheitern. Dennoch ist das Gießkannenprinzip nicht notwendig und wird das Problem auch nicht lösen. Dafür braucht es leicht zugängliche Informationen, Sexualpädagogik, Beratung über Verhütung, Schwangerenberatung und Empowerment für jene Frauen, die aus religiösen oder anderen Gründen nicht verhüten wollen.

Das Frauenvolksbegehren fordert kostenlosen Zugang zu Abtreibung. Positive Maßnahmen für Frauen im Schwangerschaftskonflikt wie ein Recht auf Information über Schwangerenberatung, Ausbau spezialisierter Einrichtungen, Werbung dafür, Einrichtung eines Unterstützungsfonds für schwangere Frauen in Notlagen wie in Deutschland sowie sinnvolle Maßnahmen der Prävention finden sich hingegen nicht im Frauenvolksbegehren. Abbrüche sollen mit öffentlichen Mitteln bezahlt werden. Die Unterstützung für schwangere Frauen in Notlagen soll weiterhin Privatsache bleiben.

Schwangerschaftsabbrüche sind oft auch als Antwort auf fehlende gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen zu verstehen. Sinnvollerweise müsste das Frauenvolksbegehren zuerst fordern, dass Daten über Schwangerschaftsabbrüche in Österreich erhoben werden. Es müsste sowohl eine anonyme Statistik über Abbrüche fordern wie auch eine regelmäßige wissenschaftliche Motivenerforschung. Solange Abbrüche tabuisiert werden, können

Maßnahmen der Prävention schwer gesetzt und vor allem nicht überprüft werden.

Es ist ein Feld, in dem viel zu tun wäre. Frauen in dem Ziel zu vereinen, die Zahl der Abbrüche zu reduzieren, wäre ein wesentlicher Fortschritt auf dem Gebiet der Frauenpolitik.

Zusammenfassung

Wiewohl wir viele Forderungen des Frauenvolksbegehrens sehr gut verstehen und für wichtig halten, empfinden wir es über weite Strecken als einseitig. Es wird sicher nicht allen Frauen gerecht. Einzelne Forderungen sind rein ideologisch inspiriert, Sachlichkeit fehlt.

Wir brauchen eine Frauenpolitik, die den vielfältigen Lebenssituationen von Frauen gerecht wird, die Frauen stärkt, den Beitrag von Frauen für die Gesellschaft nicht nur schätzt, sondern auch honoriert, die Frauen in ihrer Individualität wahrnimmt und die lebensfreundlich, gemeinschaftsstiftend und bindungsfördernd ist.

Aus all diesen Gründen unterstützen wir das Frauenvolksbegehren nicht.

aktion leben österreich, Juli 2017